

Stadt Braunschweig

Der Oberbürgermeister

Tagesordnung öffentlicher Teil

Sitzung des Ausschusses für Vielfalt und Integration

Sitzung: Mittwoch, 10.04.2024, 15:00 Uhr

Raum, Ort: BraWoPark Business Center III - Konferenzräume 2-4, Willy-Brandt-Platz
13, 38102 Braunschweig

Tagesordnung

Öffentlicher Teil:

1. Eröffnung der Sitzung
2. Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 24.11.2023
3. Berichte aus den Arbeitsgemeinschaften in der Migrationsarbeit, aus den Begegnungsstätten, internationalen Vereinen, Gruppierungen und dem Niedersächsischen Integrationsrat (NIR)
4. Flüchtlingsangelegenheiten
5. Mitteilungen
 - 5.1. mündliche Mitteilungen
 - 5.1.1. Vorstellung Antidiskriminierungsstelle
 - 5.1.2. Vorstellung der neuen Organisationsstruktur 0500
 - 5.1.3. Sachstand Kocherstraße
 - 5.1.4. Diskussion: Einbindung der Bürgermitglieder/zukünftige Arbeit des Ausschusses für Vielfalt und Integration
 6. Anträge
 - 6.1. Bezahlkarte für Geflüchtete / Aufnahme in die TO der Sitzung am 10. April 2024 24-23377
 7. Gewährung einer Zuwendung für das Projekt "Sharing Power 2.0 " des REFUGIUM e. V. 24-23391
 8. Anfragen
 - 8.1. Sachstand Regenbogenstreifen für Braunschweig 24-23331

Braunschweig, den 3. April 2024

Absender:

**Faktion Bündnis 90 - DIE GRÜNEN im
Rat der Stadt**

24-23377

Antrag (öffentlich)

Betreff:

**Bezahlkarte für Geflüchtete / Aufnahme in die TO der Sitzung am
10. April 2024**

Empfänger:
Stadt Braunschweig
Der Oberbürgermeister

Datum:
21.03.2024

<i>Beratungsfolge:</i> Ausschuss für Vielfalt und Integration (Entscheidung)	10.04.2024	<i>Status</i> Ö
---	------------	--------------------

Beschlussvorschlag:

Zur nächsten Sitzung des Ausschusses für Vielfalt und Integration (AVI) am 10.04.2024 bitten wir um die Aufnahme eines Tagesordnungspunktes (TOP) „Bezahlkarte für Geflüchtete“ - gemäß § 49 (2) der Geschäftsordnung vom 16. November 2021 (für den Rat, den VA, die Ausschüsse und die Stadtbezirksräte der Stadt BS).

Sachverhalt:

Auf Bundes- und Landesebene wird derzeit bekanntlich viel über die Einführung einer Bezahlkarte für Geflüchtete diskutiert. Da die Umsetzung dieser Maßnahme über die Städte und Gemeinden erfolgen soll, betrifft dieses Thema auch die kommunale Ebene, d. h. auch die Stadt Braunschweig.

Die CDU-Fraktion hat unter der Überschrift „Einführung der Bezahlkarte vorbereiten“ bereits einen Antrag zu dem genannten Thema in den nächsten Gremienlauf eingebracht (DS-Nr. 24-23318). In der Beratungsfolge für diesen Antrag sind allerdings nur der Ausschuss für Finanzen, Personal und Digitalisierung (FPDA), der Verwaltungsausschuss (VA) sowie der Rat vorgesehen, aber nicht der Ausschuss für Vielfalt und Integration (AVI).

Unsere Fraktion hält es für unabdingbar, auch den AVI als zuständigen Fachausschuss mit dem Thema Bezahlkarte zu befassen. Zudem plädieren wir Grünen auf allen Ebenen für eine möglichst diskriminierungsfreie Lösung im Sinne der Betroffenen.

Vor diesem Hintergrund bitten wir die Verwaltung um einen Bericht zum aktuellen Stand bei diesem Thema aus städtischer Sicht. Dabei sollen auch die organisatorischen Zuständigkeiten und mögliche Probleme bei der Umsetzung hier in Braunschweig beleuchtet werden.

Anlagen:

keine

Betreff:

**Gewährung einer Zuwendung für das Projekt "Sharing Power 2.0 "
des REFUGIUM e. V.**

Organisationseinheit:

Dezernat V
50 Fachbereich Soziales und Gesundheit

Datum:

02.04.2024

Beratungsfolge

Ausschuss für Vielfalt und Integration (Entscheidung)

Sitzungstermin

10.04.2024

Status

Ö

Beschluss:

Dem Verein REFUGIUM e. V. wird für das Haushaltsjahr 2024 im Rahmen einer Projektförderung eine Zuwendung in Höhe von 7.084,80 Euro zur Finanzierung des Projekts „Sharing Power 2.0“ aus dem Budget „Förderung der Integration“ bewilligt.

Sachverhalt:

Der Verein REFUGIUM e. V. beantragt im Rahmen der Förderung von Integrationsmaßnahmen für das Projekt „Sharing Power 2.0“ eine Zuwendung in Höhe von 7.084,80 Euro. Da es sich um eine Zuwendung von über 5.000 Euro handelt und diese im Vorbericht nicht explizit aufgeführt ist, ist für die Bewilligung ein Gremienbeschluss herbeizuführen.

Geplant ist ein Besucherbereich in der Wartezone, der als Ort der Begegnung mit Informationscharakter für die Besucherinnen und Besucher und als ein niedrigschwelliges neues Angebot aufgebaut werden soll. Der Peer-Education-Ansatz, in dem Migrantinnen und Migranten mit Erfahrungswerten und zum Teil Fluchthintergrund ihre Informationen an ratsuchende Migrantinnen und Migranten vermitteln, ermöglicht eine Kommunikation auf Augenhöhe. Es werden Hemmschwellen abgebaut, die die Integration erleichtern. Stattfindende Begegnungen in einer freundlichen Atmosphäre vermindern Ängste gegenüber Behörden und fördern die Selbstwirksamkeit der Ratsuchenden sowie die gesellschaftliche Teilhabe. Äußerst positiv zu bewerten ist der Ansatz einer Qualifizierung der Ehrenamtlichen sowie begleitenden Team-Building-Maßnahmen.

Für das Budget „Förderung der Integration“ sind im Vorbericht für das Haushaltsjahr 2024 54.400 Euro eingeplant. Es sind genügend Haushaltsmittel vorhanden.

Dr. Rentzsch

Anlage/n:

Projektbeschreibung „Sharing Power“



Projektbeschreibung „Sharing Power“

Einführung

Der REFUGIUM e.V. in Braunschweig besteht als gemeinnützige Einrichtung und selbstständiger Träger der Sozial- und Integrationsarbeit für Menschen mit Fluchtbioografie seit 1986. In diesem Rahmen bietet der Verein Beratung und Unterstützung für Ratsuchende, unabhängig ihrer Nationalität und ihres Aufenthaltsstatus, in der Stadt Braunschweig und der Region an. Diese Hilfe beinhaltet asylverfahrens-, sozialrechtliche-, aufenthaltsrechtliche-, sozialpädagogische und psychosoziale Beratung. Darüber hinaus begleiten unsere engagierten Mitarbeiter:innen Menschen mit Migrationsbiografie in verschiedenen Lebensbereichen, die auf eine aktive gesellschaftliche Teilhabe abzielen. Der Verein verfolgt als zentrales Anliegen die Stärkung des gemeinschaftlichen Zusammenhalts aller Menschen. Durch die Realisierung des Projektes SQUAT seit Januar 2022 haben wir diesem Anliegen besondere Aufmerksamkeit gewidmet. Dabei eröffnet sich für uns die Möglichkeit, uns umfassender gegen gesellschaftliche Polarisierung und Spannungen einzusetzen und gleichzeitig ganzheitliche und nachhaltigere Strukturen aufzubauen, die der gesellschaftlichen Teilhabe von Personen mit besonderen Herausforderungen dienen.

Die übergeordnete Zielsetzung des REFUGIUM e.V. ist es, durch unsere Arbeit die Akzeptanz und das friedvolle Miteinander in unserer Gesellschaft zu fördern. Wir streben danach, einen bedeutenden Beitrag zum demographischen, ökonomischen und sozialen Gleichgewicht zu leisten und das interkulturelle Zusammenleben konstruktiv zu gestalten.

Zudem übernimmt das REFUGIUM eine führende Rolle im Regionalverbund Braunschweig innerhalb der Kooperativen Migrationsarbeit Niedersachsens (KMN). Diese Initiative des Landesministeriums für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung stellt einen wesentlichen Bestandteil unserer Arbeit im Bereich Migration und Teilhabe in Niedersachsen dar.

Kurzbeschreibung

Das geplante Projekt "Sharing Power" steht im Zeichen des Empowerments, mit dem Ziel Ratsuchende zur Selbstwirksamkeit zu befähigen. Das Projekt soll damit eine Lücke füllen, die durch die bisherigen Angebote des Vereins nicht abgedeckt werden können.

Das Projekt "Sharing Power" zielt darauf ab, Ratsuchende zu befähigen, einfache alltägliche Herausforderungen eigenständig zu meistern. Dies soll durch Peer-Education erreicht werden, wobei Menschen mit ähnlichen Erfahrungen als Mentor*innen fungieren, um praktisches Wissen und Fähigkeiten, wie das Ausfüllen von einfachen Formularen oder die Kommunikation mit Behörden, zu erlernen. Besonders werden dabei Sprachbarrieren, Ängste und Unsicherheiten berücksichtigt, welche die Ratsuchenden daran hindern, ihre Probleme eigenständig zu bewältigen. Das Projekt setzt hier an, um Empowerment durch Begegnung und gesellschaftliche Teilhabe zu ermöglichen. Durch diese umfassende Unterstützung wird den Ratsuchenden ein niedrigschwelliger Ansatz geboten, der ihre Selbstständigkeit und ihre Integration in die Gesellschaft nachhaltig fördert.



Die übergeordneten Ziele des Projekts beinhaltet Ratsuchenden Ängste zu nehmen und zur Selbstwirksamkeit zu befähigen, sowie Alltagskompetenzen im Umgang mit Behörden und Briefen zu erlernen. Um dies verlässlich zu erreichen ist die Bildung eines stabilen Teams aus geringfügig Beschäftigten und Ehrenamtlichen, idealerweise mit Migrationsbiografien, notwendig. Dies soll in den ersten Wochen des Projektes passieren. Damit der Peer-Education-Ansatz seine Wirksamkeit entfaltet, werden von der Ehrenamtskoordinatorin Schulungen und Austauschtreffen organisiert und begleitet. Die Themenbereiche umfassen: Einführung zum Umgang mit relevanten Behörden (Sozialamt, Jobcenter, Ausländerbehörde), gewaltfreie Kommunikation, Arbeiten auf Augenhöhe, Transkulturalität sowie das Erkennen und Ziehen von Grenzen. Hierbei liegt der Fokus darauf, die Teammitglieder zu qualifizieren und zu stärken. Das Projekt verfolgt aktiv die Förderung der Selbstwirksamkeit von Ratsuchenden, indem Personen mit Fluchtbiografie in helfende Positionen eingebunden werden. Der Peer-Education-Ansatz erleichtert das soziale Lernen der Ratsuchenden, indem auf den Erfahrungsschatz der Ratgebenden mit Fluchtbiografie zurückgegriffen wird.

Damit sich Selbstwirksamkeit entfalten kann und Ängste abgebaut werden, soll das Projekt in einer freundlichen Atmosphäre durchgeführt werden, die Begegnung und Austausch fördert. Das Projekt füllt damit eine Lücke, die von den Angeboten des Nachbarschaftsprojektes (SQUAT) und von der Migrationsberatung nicht gedeckt werden kann.

Das geschulte Team ergänzt somit die bestehenden Angebote des Vereins und bietet eine wertvolle Mittlerfunktion.

Projektziele

Übergeordnetes Projektziel: Mit dem Projekt „Sharing Power“ möchten wir Menschen mit Flucht- und Migrationsbiographie, die in alltäglichen Angelegenheiten unsicher und/oder überfordert sind, stärken, indem sie durch Peers Alltagskompetenzen erwerben, die Ihnen helfen künftig Angelegenheiten eigenständiger und mit weniger Ängsten angehen zu können. Das soll ihnen die Möglichkeit geben, sich an verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen mehr zu beteiligen.

Im Einzelnen werden mit dem Projekt folgende Unterziele verfolgt:

1. **Team-Bildung:** Innerhalb der ersten Wochen des Projektjahres soll ein stabiles Team aus geringfügig Beschäftigten und Ehrenamtlichen, idealerweise mit einer Migrationsbiografie, zusammengestellt werden, die als Mentor*innen agieren. Die Anstellung im Rahmen einer geringfügigen Beschäftigung dient der Anerkennung der Verantwortung, der Wertschätzung der geleisteten Arbeit und der Verbindlichkeit des Angebotes, dass allein durch den Einsatz von Ehrenamtlichen nicht geleistet (und auch nicht gefordert) werden kann.
2. **Stärkung, Qualifizierung und Begleitung:** Das neu aufgestellte Team aus Minijobber*innen und Ehrenamtlichen bringt sich im Rahmen des offenen Angebots mit ihren Erfahrungen und Kompetenzen ein. Diese werden durch fortwährende Schulungen (Einführung im Umgang mit Behörden, Gewaltfreie Kommunikation, Arbeiten auf Augenhöhe, Interkulturelle Training, Grenzen erkennen und ziehen) und Reflexionsgespräche gefördert und gestärkt.
3. **Förderung von Selbstwirksamkeit:** Durch die aktive Beteiligung von Personen mit Fluchtbiografie in helfenden Positionen soll ein Umfeld der gegenseitigen Ermutigung geschaffen werden. Ziel ist es, den Ratsuchenden zu zeigen, dass sie nicht permanent in einer hilfsbedürftigen Position verbleiben

müssen. Der Peer-Education-Ansatz soll dabei das soziale Lernen der Ratsuchenden erleichtern, indem auf den Erfahrungsschatz der Ratgebenden mit Fluchtbiografie zurückgegriffen werden kann und diese als Vorbilder agieren.

4. **Geselligkeit und Begegnung:** Für die Ratsuchenden soll das offene Angebot nicht nur ein Ort der Beratung, sondern auch der Begegnung sein. Es soll eine freundliche und einladende Atmosphäre geschaffen werden, die den Austausch und die Vernetzung fördert und den Fokus von der Problemorientierung (z.B. ein nicht verstandenes Behördenschreiben) auf gegenseitige Stärkung und Austausch legt (Integrationsorientierung).

Adressatinnen und Adressaten

Das Projekt "Sharing Power" richtet sich an Menschen mit und ohne Migrationshintergrund verschiedener Lebenserfahrungen und Lebensbereichen aus Braunschweig.

Geringfügig Beschäftigte: Wir möchten mit dem Projekt drei Menschen die Möglichkeit geben, im Rahmen der Integrationsarbeit Erfahrung zu sammeln, die ihnen sowohl für einen späteren Berufsweg als auch für ihre persönliche Entwicklung hilfreich sein kann.

Zehn bis fünfzehn Ehrenamtliche: Neben festen Beschäftigten auf geringfügiger Basis sollen aktiv Ehrenamtlichen akquiriert werden, die ebenfalls vielfältige Biographien haben. Dies erscheint uns notwendig, um mehr Menschen die Möglichkeit zu bieten, sich einzubringen und mitzuwirken, und gleichzeitig unterschiedliche Kompetenzen zu fördern und zu fordern. Die Ehrenamtlichen bereichern das Team der geringfügig Beschäftigten und ermöglichen einen einfachen Einstieg in das Projekt, da durch die geringfügig Beschäftigten eine Verlässlichkeit gewährleistet ist, die das Onboarding von Ehrenamtlichen erleichtert und diese nicht überfordert.

Menschen mit Flucht- Migrationsbiografie / Ratsuchende: Das Projekt erreicht eine Zielgruppe, die über die Migrationsberatung nicht abgedeckt ist. Viele Menschen mit Flucht- und Migrationsberatung benötigen keine umfassende und tiefgehende Fachberatung, wie sie im Falle der Migrationsberatung durch das Refugium geleistet wird (siehe die Abgrenzung in der Anlage). Sie benötigen stattdessen für einfache alltägliche Fragen Ansprechpartner*innen in Form von Peers, durch die sie lernen können, basale und alltägliche Angelegenheiten eigenständig und ohne Angst zu bewältigen, so wie es auch bereits andere Menschen mit vergleichbarer oder ähnlicher Biographie geschafft haben.

Der Umsetzungsplan für das Projekt:

1. Vorbereitungsphase (Monate 1)

- Auswahl und Einstellung von geringfügig Beschäftigten und Akquieren von Ehrenamtlichen.

2. Schulungsphase (Monate 2-3)

- Organisation und Durchführung von Schulungen für die geringfügig Beschäftigten und Ehrenamtlichen zu folgenden Themenbereichen:
 - o Einführung im Umgang mit Behörden
 - o Gewaltfreie Kommunikation



- Arbeiten auf Augenhöhe
- Interkulturelle Training
- Grenzen erkennen und ziehen

3. Implementierungsphase (Monate 2-4)

- Ehrenamtliche und geringfügig Beschäftigte beginnen, das offene Angebot zu unterstützen.
- Implementierung eines Feedback-Systems für die erste Projektphase.

4. Überprüfungsphase (Monate 5-6)

- Auswertung des Feedbacks und Identifizierung von Bereichen, die Optimierung benötigen.
- Durchführung von zusätzlichen Schulungen oder Workshops basierend auf identifizierten Optimierungsbedarfen.

5. Fortführungs- und Optimierungsphase (Monate 6-8)

- Fortsetzung der Unterstützung des offenen Angebotes durch das geschulte Team und Implementierung von Optimierungen.
- Regelmäßige Treffen und Check-ins mit Ehrenamtlichen und Honorarkräften, um Fortschritte zu besprechen und eventuelle Herausforderungen zu adressieren.
- Endbewertung des Projekts, um Erfolge, Herausforderungen und mögliche nächste Schritte für die Zukunft zu identifizieren.

Indikatoren und Auswertungen

Team-Bildung:

- Anzahl der gewonnenen geringfügig Beschäftigten (Ziel: 3) und Ehrenamtlichen (Ziel: 7 – 10).
- Diversität des Teams in Bezug auf Migrationsbiografien.
- Bewertungen der Teamzusammenarbeit und -stabilität durch Befragungen der Teammitglieder.

Stärkung, Qualifizierung und Begleitung:

- Durchgeführte Schulungen (6 Schulungen)
- Anzahl der Reflexionsgespräche
- Qualitative Rückmeldungen von Teammitgliedern zu ihrer persönlichen Entwicklung. Beobachtete Veränderungen im Selbstvertrauen der Ratsuchenden durch Reflexionsgespräche.

Geselligkeit und Begegnung:

- Anzahl der Ratsuchenden, die am offenen Angebot teilnehmen.
- Feedback der Ratsuchenden zur Atmosphäre und Freundlichkeit der Sprechstunden.
- Beobachtungen zu Vernetzungsaktivitäten und Begegnungen während des offenen Angebotes.

Abgrenzung Migrationsberatung / Sharing Power

Zielgruppenansprache und Empowerment

Migrationsberatung: Die Migrationsberatung richtet sich an Personen mit Migrationshintergrund, die komplexe rechtliche, soziale oder psychosoziale Herausforderungen bewältigen müssen. Diese Beratung wird von Fachkräften durchgeführt, die eine umfassende, auf den Einzelfall abgestimmte Beratung anbieten, welche tiefgreifende Kenntnisse verschiedener Rechtsgebiete und sozialer Dienstleistungen umfasst.

Projekt (Peer-Education-Ansatz): Im Gegensatz dazu zielt das vorgeschlagene Projekt darauf ab, Ratsuchende zu befähigen, einfache alltägliche Herausforderungen eigenständig zu meistern. Dies soll durch Peer-Education erreicht werden, wobei Menschen mit ähnlichen Erfahrungen als Mentoren fungieren, um praktisches Wissen und Fähigkeiten, wie das Ausfüllen von Formularen oder die Kommunikation mit Behörden, zu vermitteln.

Fachlichkeit vs. Peer-Support

Migrationsberatung: Die Beratung basiert auf hochprofessionellen, fachspezifischen Kenntnissen, die durch in Sozialer Arbeit geschultes Personal oder langjährig erfahrene Berater:innen bereitgestellt werden. Diese Expertise ist notwendig, um die komplexe und vielschichtige Problematik der Ratsuchenden zu adressieren.

Projekt (Peer-Education-Ansatz): Das Projekt setzt auf den Peer-Education-Ansatz, bei dem die Weitergabe von Wissen und Erfahrungen auf Augenhöhe erfolgt. Dies fördert nicht nur das Selbstvertrauen und die Selbstwirksamkeit der Teilnehmenden, sondern schafft auch eine zugänglichere und weniger formelle Lernumgebung.

Komplexität der Beratungsinhalte

Migrationsberatung: Die Inhalte der Migrationsberatung sind vielfältig und können komplexe rechtliche, soziale und psychologische Beratung umfassen. Die Beratung ist auf die Lösung individueller, oft komplexer Problemlagen ausgerichtet und erfordert eine detaillierte Auseinandersetzung mit den jeweiligen Umständen.

Projekt (Peer-Education-Ansatz): Im Rahmen des Projekts liegt der Fokus auf der Vermittlung von grundlegenden Kompetenzen und Wissen, die zur Bewältigung des Alltags notwendig sind. Die Themen sind bewusst auf praktische und unmittelbar anwendbare Inhalte beschränkt, die eine direkte Auswirkung auf die Selbstständigkeit der Teilnehmenden haben.



Methodik und Herangehensweise

Migrationsberatung: Die Migrationsberatung nutzt etablierte sozialarbeiterische und beraterische Methoden, um eine ganzheitliche Betreuung zu gewährleisten. Die Herangehensweise ist individuell und berücksichtigt die spezifischen Bedürfnisse und Herausforderungen jeder beratenen Person.

Projekt (Peer-Education-Ansatz): Das Projekt hingegen setzt auf interaktive und teilnehmerzentrierte Methoden, die den Austausch zwischen den Peers fördern. Workshops, Gruppendiskussionen und praktische Übungen stehen im Vordergrund, um ein aktives Lernen zu ermöglichen.

Zielsetzung und Outcome

Migrationsberatung: Das primäre Ziel der Migrationsberatung ist die umfassende Unterstützung bei der Integration und der Bewältigung von Herausforderungen, die mit dem Migrationsstatus verbunden sind. Der Erfolg wird an der Lösung individueller Problemlagen und der Verbesserung der Lebenssituation gemessen.

Projekt (Peer-Education-Ansatz): Im Gegensatz dazu fokussiert das Projekt auf die Ermächtigung der Teilnehmenden, alltägliche Aufgaben selbstständig zu bewältigen und ihre eigenen Ressourcen zu stärken. Das Outcome ist die gesteigerte Autonomie und Selbsthilfefähigkeit in alltäglichen Angelegenheiten.

Diese Abgrenzung verdeutlicht, dass das vorgeschlagene Projekt eine wichtige Ergänzung zur bestehenden Migrationsberatung darstellt, indem es auf Selbsthilfe und die Stärkung von Alltagskompetenzen abzielt, während die Migrationsberatung komplexe individuelle Beratungsleistungen bietet.

Beratung im Rahmen der Zuwendungen Land Nds. - Richtlinie Migrationsberatung	Aufgaben der geringfügig Beschäftigten/ Ehrenamtlichen
Deziidierte Beratung zu Fragen der Aufenthalts- und Existenzsicherung, Beratung und Begleitung im Einzelfall zur Sicherung von Aufenthalts- und Existenzgrundlagen.	Erklärung und Beantwortung einfacher Verständigungsfragen zur Orientierung im Alltag und im Umgang mit Behörden. (Der Peer-Education-Ansatz ist hier besonders zielführend.)
Aufzeigen individueller Lösungsmöglichkeiten im Rahmen aufenthaltsrechtlicher Bestimmungen.	Unterstützung beim Ausfüllen von Formularen, einschließlich Dokumenten des Jobcenters, der GEZ, des Sozialamts usw. (Der Peer-Education-Ansatz ist hier besonders zielführend.)
Beratung zu spezifischen Themen wie §25a/§25b AufenthG, Einbürgerung, Arbeitserlaubnis usw.	Bereitstellung von Begegnungsräumen während der offenen Sprechstunden, um informelle Gespräche und den Austausch zu ermöglichen.
Beratung und Begleitung im Härtefallverfahren gemäß aufenthaltsrechtlichen Vorschriften.	Einbeziehung in Teilnahmemöglichkeiten an Veranstaltungen und Workshops zur Förderung sozialer Integration.
Beratung und Begleitung im Prozess der Familienzusammenführung, einschließlich rechtlicher Anforderungen und Verfahren.	Förderung niedrigschwelliger Zugänge durch die Bereitstellung verschiedener Sprachkenntnisse, um die Kommunikation mit den Ratsuchenden zu erleichtern und Barrieren zu überwinden.
Erörterung und Aufzeigen von ganzheitlichen Unterstützungsmöglichkeiten (Case Management), insbesondere bei Menschen mit komplexen Problemlagen.	
	Unterstützung in Krisensituationen wie drohender Abschiebung, Diskriminierung, Missbrauch oder anderen Notfällen, einschließlich Vermittlung an spezialisierte Dienste oder Organisationen.

Absender:

**Faktion Bündnis 90 - DIE GRÜNEN im
Rat der Stadt**

24-23331
Anfrage (öffentlich)

Betreff:

Sachstand Regenbogenstreifen für Braunschweig

Empfänger:

Stadt Braunschweig
Der Oberbürgermeister

Datum:

13.03.2024

Beratungsfolge:

Ausschuss für Vielfalt und Integration (zur Beantwortung)

Status

10.04.2024

Ö

Sachverhalt:

In der Sitzung des Rates der Stadt Braunschweig am 19.09.2023 traf der Antrag „Vielfalt und Toleranz dauerhaft leben - Braunschweig braucht Regenbogen-Zebrastreifen!“ der BIBS-Fraktion auf breite Zustimmung. Darin wurde die Stadt Braunschweig gebeten, „zu prüfen, wo die Installation eines oder mehrerer bunter Zebrastreifen in der Braunschweiger Innenstadt möglich ist, ohne verkehrsrechtliche Belange zu verletzen. Dabei sollen insbesondere Möglichkeiten geprüft werden, den Eingang von Fußgängerzonen bunt zu kennzeichnen oder die Regenbogenstreifen auf bereits ampelgesteuerte Übergänge an gut sichtbaren Orten zu integrieren. Nach der Prüfung, wird die Stadt gebeten, einen oder mehrere Regenbogen-Zebrastreifen spätestens bis zum nächsten Sommerlochfestival / CSD 2024 dauerhaft zu installieren.“

Der Termin des CSD in Braunschweig im August 2024 steht nun fest. Weitergehende Informationen zur Planung des bzw. der Regenbogenstreifen erreichten die Mitglieder des Rates oder des Ausschusses für Vielfalt und Integration (AVI) leider bislang nicht.

Daher fragen wir die Verwaltung:

- 1.) Wie ist der Sachstand der Prüfung der verkehrsrechtlich erlaubten Möglichkeiten?
- 2.) Welche Orte in Braunschweig kommen nach aktuellem Sachstand in Frage?
- 3.) Wie kann sichergestellt werden, dass eine Umsetzung vor dem CSD 2024 erfolgt?

Anlagen:

keine